

Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, Willy-Brandt-Straße 5, 38226 Salzgitter

Bundesamt für Strahlenschutz
Willy-Brandt-Str. 5

38226 Salzgitter

Endlagerüberwachung

FAX +49 3018 333-1655

www.bfe.bund.de

31. Oktober 2016

Schachtanlage Asse II

Erfüllung der Auflage 21 des Genehmigungsbescheides 1/2011 für das Jahr 2015

Ihr Schreiben: SE 6.1 - 9A 13236000 7 vom 06.10.2016

Mein Aktenzeichen: EÜ-9A 9102/3

I. Entscheidung

Die Endlagerüberwachung (EÜ) stellt fest, dass die Auflage 21 des Genehmigungsbescheides 1/2011 /4/ für das Jahr 2015 erfüllt ist.

Dieser Entscheidung liegen folgende Unterlagen zugrunde:

- /1/ Antrag auf Bestätigung der Erfüllung von Auflage 21 für das Jahr 2015, 9A-13236000 7 vom 06.10.2016, hier eingegangen am 10.10.2016.
- /2/ Ermittlung der Radonexposition (BfS-KZL 9A/65122000/LF/R/0001/09) mit Stand vom 09.06.2016 als Anlage zu /1/.
- /3/ Radonexposition 2015 (BfS-KZL 9A/65122000/LF/RZ/0002/00) mit Stand vom 12.07.2016 als Anlage zu /1/.

Seite 2 zum Bescheid EÜ-9A 9102/3 vom 31.10.2016

- /4/ NMU, Genehmigungsbescheid für die Schachtanlage Asse II – Bescheid 1/2010 Umgang mit radioaktiven Stoffen gemäß § 7 Strahlenschutzverordnung (StrlSchV), 08.07.2010 (nachfolgend: Genehmigungsbescheid 1/2010).
- /5/ NMU, Genehmigungsbescheid für die Schachtanlage Asse II – Bescheid 1/2011 Umgang mit Kernbrennstoffen gemäß § 9 Atomgesetz (AtG) – Faktenerhebung Schritt 1, 21.04.2011 (nachfolgend: Genehmigungsbescheid 1/2011).

II. Auflage

Im Bericht Radonexposition 2015 /3/ Kapitel 3.1 wird ein Quellterm aus ELK 5/750 erwähnt. Dieser wird für die Berechnung der Radonexposition aber nicht herangezogen. Die Begründung dafür ist EÜ innerhalb von 14 Tagen nach Datum dieses Bescheides vorzulegen, sowie in die folgenden Revisionen des Berichts Radonexposition aufzunehmen.

III. Hinweise

1. Für das Jahr 2016 und folgende sowie unabhängig davon bei einer Änderung der Expositionsbedingungen ist eine neuerliche Prüfung und Feststellung durch die EÜ erforderlich.
2. Die entsprechenden Berichte sind zeitnah nach Ablauf des Berichtsjahres der EÜ zur Prüfung vorzulegen.



Seite 3 zum Bescheid EÜ-9A 9102/3 vom 31.10.2016

III. Sachverhalt

Mit dem Antrag /1/ legte der EÜ die Unterlagen Ermittlung der Radonexposition /2/ und Radonexposition 2015 /3/ zur Erfüllung der Auflage 21 des Genehmigungsbescheides 1/2011 /5/ vor. Die Auflage 21 aus /5/ ersetzt die Auflage 8 aus dem Genehmigungsbescheid 1/2010 /4/.

In Auflage 21 der Genehmigung /5/ ist der Nachweis gefordert, dass für Mitarbeiter in Strahlenschutzbereichen eine effektive Dosis von 0,5 mSV/a durch Radoninhalation unterschritten wird. Wird der Nachweis nicht geführt, ist eine regelmäßige Inkorporationsüberwachung durchzuführen.

Entsprechend der mit /1/ vorgelegten Unterlagen /2/ und /3/ wird die Erfordernis für eine regelmäßige Inkorporationsüberwachung jährlich überprüft oder falls sich die Expositionsbedingungen ändern. Diese Vorgehensweise ist konform mit den Anforderungen der Auflage 21 aus /5/. Des Weiteren sind die entsprechend der Unterlage /2/ zur Anwendung kommenden Überwachungsverfahren geeignet, die Anforderungen der Auflage 21 aus /5/ zu erfüllen.

IV. Begründung

Gemäß Auflage 30 Satz 4 des Genehmigungsbescheides 1/2011 /3/ bedarf die Erfüllung von Auflagen der Feststellung der Endlagerüberwachung.

Die mit /1/ vorgelegten Unterlagen Ermittlung der Radonexposition /2/ und Radonexposition 2015 /3/ entsprechen in ihrer jeweiligen gegenwärtigen Fassung den Anforderungen der Auflage 21 des Genehmigungsbescheides 1/2011 /5/ unter





Seite 4 zum Bescheid EÜ-9A 9102/3 vom 31.10.2016

den Annahmen, dass im Bereich der Kammer 7/725 keine Personen mehr als wenige hundert Stunden tätig waren und bei den sonstigen Arbeiten keine erhöhten Radonexpositionen auftraten, die über Routinemessstellen nicht abgedeckt waren. Daher kann die Erfüllung der Auflage 21 aus /5/ für das Jahr 2015 bestätigt werden. Die Auflage ergeht, da der Betreiber entgegen meines Hinweises aus der Bestätigung der Auflage 21 für das Jahr 2014 vom 26.04.2016 auch im vorliegenden Bericht /3/ den Sachverhalt nicht erläutert.

IV. Kosten

Kosten wurden gem. § 1 Satz 2 AtKostV i.V.m. § 8 Abs. 1 Nr. 1 VwKostG in der bis zum 14. August 2013 geltenden Fassung nicht erhoben.

V. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, c/o BMUB, Köthener Str. 2-3, 10963 Berlin oder am zweiten Dienstsitz, Willy-Brandt-Str. 5, 38226 Salzgitter erhoben werden.

Im Auftrag

